



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

3. Sitzung (öffentlich)

3. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Jens Petersen (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
Der Ausschuss stimmt der Änderung der Tagesordnung zu.	
Dringliche Anfrage	8
Unterstützt die gesamte Landesregierung die Haltung der Forschungsministerin?	
Schreiben von Hendrik Wüst (CDU) vom 1. November 2010	
– Antwort des Ministers Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV)	8
– Nachfragen	9

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Der Ausschuss nimmt den in der Zuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie liegenden Teil des Einzelplans 14 – Drucksache 15/200, Seiten 51 bis 52 – mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion DIE LINKE an.

2 Wirtschafts-, Mittelstands- und Energiepolitik in der 15. Wahlperiode 14

Vorlage 15/86

– Aussprache

– Aussprache

14

3 Modernisierung des Kraftwerksparks fortsetzen, Bau des Kraftwerks Datteln IV vollenden 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/69

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/173

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU Drucksache 15/69 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/173 wird mit den Stimmen von CDU, FDP und LINKEN gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ebenfalls abgelehnt.

4 Liberale Ladenöffnungszeiten haben sich bewährt – Keine Bevormundung von Einzelhandel und Verbrauchern 42

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/123

Vorlage 15/140

Der Ausschuss erwartet zur abschließenden Beratung noch eine Ergänzung der Landesregierung zu dem vorgelegten Bericht.

5 Investitionssicherheit für Handwerksbetriebe schaffen – Einfahrt in die Umweltzone weiterhin mit Handwerkerparkausweis ermöglichen 43

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/128

Vorlage 15/77

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, das Expertengespräch zu dem Thema im federführenden Umweltausschuss abzuwarten und, und erwartet zu dem noch eine Stellungnahme des Ministers zur Position seines Hauses bezüglich der Handwerkerparkausweise.

6 Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Neuregelung der Wertpapierübernahme vor dem Hintergrund aktueller Übernahmehorizonten (z. B. Hochtief) 44

– Bericht der Landesregierung

– Bericht von Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) 44

– Diskussion 45

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gliederung der Industrie- und Handelskammern im Lande Nordrhein-Westfalen **48**

Vorlage 15/119

Unter Verzicht auf eine Beratung gilt mit der Kenntnisnahme der Vorlage 15/119 vor dem Erlass der Verordnung die Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses gemäß § 1 Satz 1 des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen als erfolgt.

8 Berücksichtigung des demografischen Wandels – auch im Sektor der Finanzprodukte für Senioren **49**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/213

Der Ausschuss kommt überein, vor einer weiteren Beratung das Sachverständigengespräch im federführenden Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration abzuwarten.

9 Neuordnung der Rundfunkfinanzierung darf nicht zur Mehrbelastung und Ausforschung der Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen führen **50**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/219

Der Ausschuss beabsichtigt, sich an dem geplanten Sachverständigengespräch im federführenden Haupt- und Medienausschuss nachrichtlich zu beteiligen. Danach will sich der Ausschuss mit dem Thema erneut befassen.

10 Verschiedenes**50**

Der Ausschuss bestätigt die in der letzten Sitzung vorgelegten Termine für seine Sitzungen im Jahr 2011:

- 12. Januar 2011
- 9. Februar 2011
- 16. März 2011
- 6. April 2011
- 11. Mai 2011
- 8. Juni 2011
- 13. Juli 2011
- 14. September 2011
- 9. November 2011
- 30. November 2011
- 14. Dezember 2011

Sitzungsbeginn ist jeweils um 10:00 Uhr

* * *

3 Modernisierung des Kraftwerksparks fortsetzen, Bau des Kraftwerks Datteln IV vollenden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/69

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/173

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Dr. Jens Petersen schickt voraus, der Antrag der CDU-Fraktion und der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen seien nach Beratung durch das Plenum am 17. September 2010 – federführend – an den Ausschuss überwiesen worden. Mitberatend sei der Umweltausschuss. In der letzten Sitzung habe man beschlossen, dass man nach den Voten der mitberatenden Ausschüsse hier abschließend beraten und votieren wolle. Der mitberatende Umweltausschuss habe in seiner Sitzung am 6. Oktober den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Hendrik Wüst (CDU) führt aus, darauf zu verweisen, dass die Gerichte entscheiden würden, solle nur kaschieren, was im Koalitionsvertrag stehe, dass nämlich die Landesregierung keine Kraftwerke baue und auch keine abreißen wolle, und den Eindruck erzeugen, man hätte damit nichts zu tun.

Im Entschließungsantrag werde aber deutlich, dass man den Klimaschutzparagrafen 26 LEPro einführe und gleichzeitig den Entwurf eines Teilplans Energie des alten LEP aus dem Kabinettsverfahren zurückgezogen habe. Man ermögliche nicht die Fertigstellung dieses Kraftwerks, obwohl man es könnte. Aktive Industriepolitik wäre, das Kraftwerk zu ermöglichen und zugegebenermaßen existente Fehler im Verfahren zu heilen. Genau das geschehe nicht. Aufräumarbeit habe angestanden, anstatt der alten Landesregierung vorzuwerfen, das sei deren Chaos, mit dem die jetzige Landesregierung nichts zu tun habe. Und genau deshalb lege man den Finger noch einmal in die Wunde und werbe für den vorliegenden Antrag der CDU.

Dietmar Brockes (FDP) kündigt für seine Fraktion Zustimmung zu dem Antrag der CDU an. Er glaube, dass jeder in diesem Hause, der das Kraftwerk in Datteln haben möchte, in der Lage wäre, diesem Antrag zuzustimmen, weil der Beschlussteil keine Spitzfindigkeiten gegen den einen oder anderen enthalte. Dass nun die Gerichte entscheiden sollten, sei nun scheinbar nicht ganz so; denn wie am Wochenende in „WESTPOL“ berichtet worden sei, werde wohl seitens des Regionalverbands Ruhr vorgeschlagen, ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen. Insofern würde ihn die

Position der Landesregierung dazu interessieren, ob sie den Weg des grünen Dezernenten Rommelspacher unterstützen wolle.

In dem Zusammenhang interessiere ihn auch, ob der Minister bei seiner Aussage in der „Rheinischen Post“ bleibe, dass er Datteln als modernes effizientes Kraftwerk sehe, das auch einen Beitrag zum Klimaschutz liefere.

Marc Herter (SPD) entgegnet, das von Herrn Wüst vorgebrachte Argument sei bereits in der letzten Diskussionsrunde im Ausschuss behandelt worden und schon da nicht besonders fruchtbringend gewesen sei; denn bei einem Blick in die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts lasse sich feststellen, dass die Therapie, die in dem seinerzeitigen Kabinett mit der Änderung des Landesentwicklungsplans versucht worden sei, leider nicht zu der Krankheit passe, die Ausgangslage für den Baustillstand am Kraftwerk sei.

Der Abwägungsausfall der alten Landesregierung sei nicht nur an diesem Punkt, sondern insbesondere beim Abstandsgebot die Ursache für die Entscheidung gewesen. Wenn man dann aber an einer anderen Stelle herumtherapiere, komme man hinterher leider nicht zu dem offensichtlich von der Opposition angestrebten Ergebnis, dass der Bau dort weitergehen könne und die sich abzeichnende Investitionsruine dort nicht zum Tragen komme.

Vielmehr sei das jetzt angelaufene Verfahren dazu geeignet, die entsprechenden Ergebnisse zu zeitigen, und das ergebnisoffen, wie ein solches Planungsverfahren nun einmal sein müsse, um hinterher gerichtsfest zu sein, und zwar in Abwägung dessen, was die unterschiedlichen Interessen, die da einzubringen und zu berücksichtigen seien, angehe.

Der Bebauungsplan der Stadt Datteln mit der Nr. 105 sei zu nennen und auch die Fragestellung, die im RVR in eigener Verantwortung – das sei ihm wichtig – diskutiert werde, ob ein entsprechender Erarbeitungsbeschluss zu fassen sei oder nicht. Auch das sei der entsprechenden Abwägung unterworfen.

Er wolle noch den Hinweis zu der aufgeworfenen Frage zu Gerichtsentscheidungen geben, dass nämlich Gerichtsentscheidungen immer nur dann zum Tragen kämen, wenn ein neuer Rechtssachverhalt geschaffen werde, der dann beklagt werden könne. So sei das Verfahren jetzt zu verstehen und intendiert.

Im Übrigen sei das von Herrn Brockes offenbar am Sonntag in „WESTPOL“ kennengelernte Zielabweichungsverfahren durchaus schon einmal Gegenstand der Debatte hier gewesen, als die alte Landesregierung noch im Amte gewesen sei. Die entsprechenden Angebote habe es gegeben, nur hätte schwarz-gelbe Koalition in ihrer Vollkommenheit genau diese abgelehnt. Das habe genau zu dem Problem geführt, vor dem man nun stehe. Insofern seien eine Regierung beziehungsweise zwei Fraktionen, die eine Sache in den Sand gesetzt hätten, vielleicht nicht die besten Ratgeber aus der Opposition heraus dafür, wie man die Dinge denn jetzt heilen könne.

Zum Stichwort „Hochspielen eines industriepolitischen Popanzes“ weist der Redner darauf hin, es gebe durchaus Leute in der CDU in führender Position, die da offenbar ein Stückchen weiter seien. So habe auch Herr Röttgen am 19. September bei einem

Frühschoppen im Duisburger Innenhafen zur CO-Pipeline in dem Sinne, wie Herr Minister Voigtsberger getan habe, eindeutig Stellung genommen. Er rege daher an, bei diesen industriepolitischen Projekten abzurüsten und zu den entsprechenden landesplanerischen Fragestellungen, die man nun zu beantworten habe, zurückzukehren. Die Planungsträger vor Ort sollte man mit den Stellungnahmen, die dann die Landesbehörden anzufertigen hätten, ordentlich unterstützen. Dann sollte man dafür arbeiten, dass die Verfahren in rechtlich einwandfreier Weise und vor allem gerichtsfest über die Bühne gingen. Das helfe den Projekten und übrigens auch all denjenigen, die auf Rechtssicherheit und Abwägung ihrer Belange bauten, weitaus mehr als die oppositionelle politische Bekenntnisrhetorik.

Vor dem Hintergrund werde man den Antrag ablehnen.

Michael Aggelidis (LINKE) kündigt für seine Fraktion die Ablehnung des CDU-Antrages und auch des Entschließungsantrags von SPD und Grünen an, letzteren nicht wegen des Beschlusstextes, den man mittragen könnte, aber wegen des Passus, dass das Zielabweichungsverfahren möglich sei. Herr Kollege Herter habe gerade noch einmal deutlich gemacht, dass man hier abwägen müsse. Er wolle den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen mit auf den Weg geben, dass sie im Moment sehr viel abwägten, ihm aber eines fehle, nämlich die Zielorientierung und eine Aussage dazu, was da eigentlich politisch gewollt werde.

Er stimme mit den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP in der Sache überhaupt nicht überein, aber sie bekenneten sich immerhin zu dem Standort Datteln. Das täten SPD und Grünen nicht, die sich zwischen Baum und Borke hindurch wänden und sich um eine Entscheidung drückten.

Das sei der Grund, warum seine Fraktion auch den Entschließungsantrag ablehne.

Wibke Brems (GRÜNE) hält Herrn Wüst vor, dass er gebetsmühlenartig falsche Behauptungen aufstelle; zu den meisten habe Herr Herter etwas gesagt. Allerdings sei der Vorwurf, die Koalition würde etwas tun, obwohl im Koalitionsvertrag stehe, dass man nichts tue, völlig aus der Luft gegriffen sei. Im Koalitionsvertrag sei nämlich festgehalten, dass man das Recht wieder herstellen wolle, das gegolten habe, als die Gerichte entschieden hätten. Dafür müsse man etwas tun. Man könne nicht einfach das stehen lassen, was die alte Regierung in einem Verfahren mal eben so herbeigezaubert habe, um ein einziges Projekt wieder gerichtsfest zu machen. Das könne man so nicht tun.

Im Entschließungsantrag stehe etwas unter „der Landtag beschließe“, dem Herr Aggelidis, wie er selbst gesagt habe, für seine Fraktion zustimmen könne. Dass er sich aber nun auf Teile in der Begründung für seine Ablehnung beziehe, finde sie ein wenig irritierend.

Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) antwortet Herrn Brockes: In dem besagten Gespräch habe er auf die Frage, inwieweit hocheffiziente Kraftwerke in den

Energiemix von Nordrhein-Westfalen gehörten, bestätigt, dass sie noch eine ganze Zeit dazugehören würden, bis man das energiepolitische Ziel erreicht habe.

Dann sei man in dem Gespräch zu Datteln gekommen. Das Kraftwerk Datteln sei ein hocheffizientes Kraftwerk, allerdings seien damit zahlreiche planungsrechtliche Defizite verbunden, die in der Vergangenheit eingetreten seien und mit denen die jetzige Landesregierung überhaupt nichts zu tun habe.

Beides sei dann von der Zeitung einfach gemixt worden zu der Schlussfolgerung: Er halte hocheffiziente Kraftwerke – und Datteln sei eines – für den Energiemix für richtig. Und schon habe die Schlagzeile gestanden. Er habe die Schlagzeile nicht im Griff; damit müsse er als Politiker leben.

Bei dem Thema Datteln sei jetzt festzustellen, dass man sich in neuen Verfahren befinde. Sowohl in Datteln wie beim RVR gebe es entsprechende Neuplanungen, was aber nichts mit einem grünen Dezernenten beim RVR zu tun habe; denn ein Zielabweichungsverfahren könne bei richtigen Rahmenbedingungen gar nicht verwehrt, sondern müsse zugelassen werden. Dann werde es beim RVR zu einem neuen Aufstellungsbeschluss kommen. Dann werde die Landesregierung zu einem Zielabweichungsverfahren, die entsprechenden Ressorts um Stellungnahme bitten. Aber das könne man erst bewerten, wenn es auf dem Tisch liege.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU Drucksache 15/69 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/173 wird mit den Stimmen von CDU, FDP und LINKEN gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ebenfalls abgelehnt.